

AfD Stadtratsfraktion
Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Magdeburg, 06.12.2021

Persönlich Erklärung zur Haushalt-Stadtratssitzung 06.12.2021

Stadtrat Frank Pasemann (AfD):

Ja zu Anfang meine Rede noch ein Tipp für die linke Seite hier im Ratssaal, nachdem sie ja im letzten Jahr es klug fanden, während meiner Haushaltsrede den Raum zu verlassen: "Ich rede etwa 13 Minuten, wer gehen möchte dann heute auch bitte schön, ich nehme das aber als Adelnung meines Redebeitrages, weil so viel Angst davor herrscht, dass sie das nicht anhören können". Aber heute sind sie ja vielleicht mutiger. Gut.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Beigeordnete, sehr geehrte Stadträte.

Zu Anfang liebe Frau Behrend (ich sehe sie zwar gerade nicht) Frau Behrend und ihr Team gehört unser aller Dank, sie haben wieder einmal fantastische Arbeit geleistet. Die Zahlen sind schlecht, die Möglichkeiten noch schlechter, das Beste daraus zu machen war ihr Ansinnen, das scheint Ihnen gelungen zu sein.

Erneut ist es den politischen Verantwortungsträgern der Stadt Magdeburg allerdings trotzdem nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Wie schon in den Jahren 2017 bis 2020 und wir haben jetzt auch gerade gehört, das 2021 und 2022 bis 2024 auch nicht ausgeglichen sein werden, ist dieser vorgelegte Haushaltsplan mit einem Defizit versehen. Wir haben jetzt gelernt und leider lagen uns diese Informationen vor Beginn der Sitzung nicht vor, das es nicht 24,6 Millionen sind die fehlen, sondern im augenblick 12,9 Millionen. Das ist sicherlich eine erfreuliche Nachricht, allerdings darf man dabei nicht vergessen, dass das Wagnis, was in diesem, von den Vorrednern von mir, als ersten stabilen Haushalt dargestellten Zahlen sicherlich recht groß ist, nämlich 44 Millionen Euro Fördermittel stehen auf der Kippe. Es ist mit keinem Wort erwähnt worden, das wir eine Zinsentwicklung haben können, die mit einem Schlag alle Zahlen der Stadt Magdeburg für den Papierkorb machen. Wir haben drittens nicht berücksichtigt, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Wirtschaftseinbruch nach Beendigung des Lock- Downs geben wird. Um weitere Folgen wissen wir nicht, wir lassen uns überraschen.

Das bedeutet einen Steuereinbruch und was auch nicht berücksichtigt wurde ist, viertens die Verlängerung der Ausnahmegenehmigung für das nächste Jahr, des Landesverwaltungsamtes. Hier kann uns auch mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage jederzeit ein schlimmes Urteil ereilen. Also alles in allem sehen wir die Sache nicht optimistisch. Die Netto -Neuverschuldung wird sich voraussichtlich auf rund 19,5 Millionen Euro belaufen, die finanzielle Substanz wird mit diesem Haushalt weiterhin aufgezehrt werden. An einen Schuldenabbau ist nicht zu denken, im Gegenteil, wir kommen vom Erreichen der Obergrenze nicht nur-nicht weg, sondern wir werden sie mit zu erwartenden Nachtragshaushalten im nächsten Jahr reißen.

Die Stadt wirtschaftet seit Jahren auf Kosten kommender Generationen. Denn entgegen der Annahmen der derzeitigen Geldpolitik der EZB und der lockeren Geldpolitik der schon länger hier regierenden, müssen Schulden eben auch mal irgendwann zurückgezahlt werden. Das wurde leider in Zeiten billigen Geldes und sprudelnder Steuereinnahmen versäumt, dieses muss man den schon länger regierenden vorwerfen. Das alles, meine Damen und Herren, ist nicht im Sinne einer Generationengerechtigkeit. Betrachten wir nun die große Kostenlücke im Haushaltsentwurf, so stellen wir fest, die Belange der zukünftigen Generationen werden auf dem Altar des Asyl- und Klimawahnsinns geopfert. Ich zitiere dazu aus der heutigen Beschlussvorlage Seite 36:

„Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen trotz sinkender Zuweisungen bleibt weiterhin eine große Herausforderung für den Bund, die Länder und die Kommunen.“ Soweit richtig.

„Dieser Verantwortung stellt sich die LH MD. Die Kosten können eine Investition in die Zukunft Magdeburgs sein. Aber hier sieht die LH Magdeburg Bund und Länder in der Verantwortung.“ Zitat Ende.

Also schon klar, alleine ist sowieso das alles nicht zu schultern.

Besonders wichtig ist die Stelle.“ Die Kosten können eine Investition in die Zukunft Magdeburgs sein“ Ich übersetze das mal in die Umgangssprache: „Wir wissen es nicht genau aber wir hoffen, dass es so sein könnte“. Diese Einschätzung, meine Damen und Herren ist keine solide Basis für eine sachgerechte Haushaltspolitik.

Wir als politische Verantwortliche der AfD wissen das bereits seit Langem und sagen das auch regelmäßig, das wir die Aufnahme von Wirtschaftsmigranten (denn solche sind es, die zu uns unter dem Banner des Asylrechts kommen) nicht erfolgreich aufnehmen und schon lange nicht erfolgreich integrieren werden können. Die Kosten werden uns schlicht und ergreifend auffressen und damit manch soziales Projekt, schlimmstenfalls auch manch investive Projekt für die schon länger hier lebenden unmöglich machen. Als Anwalt der steuerzahlenden Magdeburger haben wir den Stadtrat mehrfach mit entsprechenden Anträgen dazu aufgefordert, Einsparpotenziale im Haushalt zu identifizieren, um einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen. Diese Anträge wurden von den anderen Fraktionen im Stadtrat wieder und wieder in schöner Blockparteien Einigkeit abgeschmettert. Es ist davon auszugehen, dass unsere heute vorliegenden Einsparanträge ebenfalls von den Altparteien abgelehnt werden.

Herr Fraktionsvorsitzender Rößler hat ja da eben schon einen schönen Aufschlag gemacht. Stattdessen finden sich bei den vorliegenden Änderungsanträgen der anderen Fraktionen zum Haushaltentwurf erneut zahlreiche Anträge ohne Deckungsquellen. Und ich finde es ausdrücklich vernünftig, was der Fraktionsvorsitzende Schwenke angekündigt hat, diesen nicht zustimmen zu wollen. Erneut haben die anderen Fraktionen es nicht vermocht auch nur einen einzigen Einsparantrag vorzulegen. Erneut ist es nur die AfD, die zahlreiche Änderungsanträge mit Einsparmaßnahmen vorlegen, die sicherlich auch weh tun.

Aber tatsächlich ist es ja noch viel schlimmer, mit dem Verständnis von Haushaltstreue.

Als wir in einer der letzten Stadtratsdebatten auf die Einsparunwilligkeit der Altparteien hingewiesen haben, behauptete SR Stage, Fraktion Grüne Future, man habe im Rahmen der letzten Haushaltsverhandlungen sehr wohl einen Einsparantrag gestellt. Seine Fraktion habe Einsparungen vornehmen wollen, in dem sie einen Änderungsantrag zur Anhebung der Parkgebühren in der Stadt gestellt haben, was die AfD und andere Fraktionen ja abgelehnt haben.

Dieser Antrag erfreut uns ja auch heute wieder. Der Antrag ihrer Fraktion, lieber Herr Stadtrat Stage, ist kein Einsparantrag, sondern ein Versuch, weitere Abgaben von den Magdeburgern zu erpressen. Das Ihre Fraktion damit keine Probleme hat und wir als AfD uns schützend vor die ohnehin schon stark belasteten Steuerzahler stellen, zeigt deutlich den politischen Unterschied zwischen unseren Fraktionen. Das Nachsehen haben in diesem Jahr nicht nur die Autofahrer, sondern auch unsere jüngsten Verkehrsteilnehmer. Weil das Geld der Magdeburger in den vergangenen Jahren für linksideologische Projekte verpulvert wurde, sind die finanziellen Spielräume zur Einführung des kostenlosen Schülertickets nun nicht mehr vorhanden.

Im Falle einer halbwegs soliden Haushaltsführung in den vergangenen Jahren, wäre eine Finanzierung dieser, in Familienpolitischer Hinsicht, sinnvollen Maßnahme in Höhe von 8,4 Millionen Euro, problemlos möglich gewesen. Stattdessen wurden Steuergelder in Millionenhöhe zur Alimentierung illegaler Zuwanderung ausgegeben.

Auf Seite 35 im Haushaltsentwurf können wir lesen, ich zitiere:“ Die nach Magdeburg zugewiesenen Flüchtlinge sind derzeit rückläufig.“ Zitat Ende

Liebe Magdeburger, da ist leider nicht gemeint, das die illegalen Zuwanderer derzeit in ihre Heimatländer zurücklaufen! Nein, man will uns damit lediglich suggerieren, das im Jahresverlauf 2021 weniger kulturfremde, zumeist junge Männer illegal nach Magdeburg zugewandert sind, um es sich auf unsere Kosten gut gehen zu lassen. Das kann man ihnen nicht einmal übelnehmen. Doch wer in den vergangenen Wochen die Bilder der anstürmenden jungen Männer an der polnischen Grenze zu Weißrussland gesehen hat, dem ist klar, dass sich die Lage aktuell dramatisch zuspitzt. Mit anderen Worten, für das kostenlose Schülerticket, also für unsere Kinder fehlt das Geld. Dafür werden hier kulturfremde Einwanderer ohne jegliche Gegenleistung durchgefüttert und von immer mehr Sozialarbeitern betreut. Zahlreiche Studien belegen inzwischen eindrucksvoll, das die zumeist illegale Zuwanderung der letzten Jahrzehnte nach Deutschland unser Land inzwischen Billionen Summen kostet und auch noch kosten wird. Mit dem Koalitionspapier der sogenannten Ampel ist schon jetzt klar, dass alle seit 2015 illegal nach Deutschland eingewanderten Migranten nicht nur hierbleiben werden, sondern sogar ohne weitere Zugangsvoraussetzungen deutsche Staatsbürger werden können. Damit wäre ihr Zugang zu den Leistungen des deutschen Sozialstaates sowie dem Rentenwesen unumkehrbar manifestiert. Und nun soll ausgerechnet in Magdeburg die illegale Zuwanderung zum langfristigen Erfolgsmodell werden.

Wer das glaubt.

Natürlich wurden die zahlreichen neuen Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen in den vergangenen Jahren nicht gebaut, weil bei den einheimischen Magdeburgern plötzlich eine Geburtenexplosion stattgefunden hat. Für den Bau dieser Bildungseinrichtungen wurden Dutzende Millionen Euro ausgegeben, um die Kinder illegaler Zuwanderer und sogenannter „Ethnisch mobiler Minderheiten“ zu beschulen. Soviel nur zu den indirekten Kosten der Migration, die nicht sichtbar sind. Welche inzwischen kaum mehr zu beziffern sind und nun aber zu den direkten Kosten der Migration, die sich in unserem Haushalt verstecken. Nein nicht verstecken, sie sind ganz offen! Schließlich müssen die Magdeburger letztendlich auch wissen, wozu ihr Steuergeld benutzt wird.

Nachfolgend nur einige Beispiele zu direkten Kosten der Massenzuwanderung.

Seite 309 Anlage 10 des Haushaltsplanes

Zuschüsse für Integration **123.000,- Euro**

Seite 411 Anlage 10

soziale Leistungen gemäß § 5“ Asylbewerber-Leistungsgesetz **69.000,16.000,250.000,310.000,455.000,1,6 Mio,140.000,10.000,200.000,1,1 Millionen,200.000,26.000, 2000.000** usw und sofort.

Diese Auflistung, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, ließe sich fortführen. Alleine diese Beispiele für direkte Asyl-Kosten, die eigentlich Migrationskosten sind, summieren sich auf **8,01** Millionen Euro. Zum Vergleich, die Einführung des kostenlosen Schülertickets hätte rund 8,4 Millionen Euro gekostet, wahrscheinlich weniger. Vor diesem Hintergrund wird die AfD Fraktion auch weiterhin dafür kämpfen, das die auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und auch auf Bundesebene eingenommene Steuergelder für die Belange der einheimischen Bevölkerung verwendet werden. Abgesehen von den Ausgaben für illegale Zuwanderer, wird das Steuergeld der Magdeburger zunehmend auch für den sogenannten Kampf gegen den Klimawandel vergeudet. Dazu steht auf Seite 36 des Haushaltsentwurfes, ich zitiere: “Außerordentlich wichtig sind alle Maßnahmen zur Anpassung an die sich verändernden klimatischen Bedingungen, wie auch Maßnahmen mit dem Ziel, der CO2 Neutralität.“ Zitat Ende.

Dazu zwei Anmerkungen,

1. Bei der Idee einer Klimaneutralität handelt es sich um eine nicht zu verwirklichende politische Utopie, diese Utopie hat mit dem notwendigen Umweltschutz in unserer Heimat nichts, aber auch gar Nichts zu tun. Sondern sie ist eine gigantische Geldumverteilungsmaschine zu Lasten der westlichen Länder.
2. Solange in China und Indien ein ineffizientes Kohlekraftwerk nach dem anderen ans Netz geht, macht es ohnehin keinerlei Sinn das Klima, beziehungsweise ja sogar das Weltklima durch entsprechende Maßnahmen in Magdeburg retten zu wollen. Wir lehnen diesen ideologisch motivierten Klimarettungswahnsinn, welche die Deindustrialisierung unserer Heimatstadt zur Folge haben wird, entschieden ab.
3. Ich komme zum Schluss.
Wir fordern, das in zukünftigen Haushaltsentwürfen der Generationengerechtigkeit endlich wieder Rechnung getragen wird. Wir fordern den Stadtrat auf, sich wieder von ideologisch basierter Gesinnungspolitik, zu einer Wirtschaft- und Sozialpolitischen Verantwortungspolitik zurückzukehren. Wir fordern, dass die Ausgaben für den Asyl und Klimarettungswahnsinn rigoros zusammen gestrichen werden.
Wir fordern, dass die Finanzmittel unserer Stadt in den kommenden Jahren für die wichtigen Kernaufgaben verwendet werden.
Wir fordern, dass die zur Verfügung stehenden Steuergelder zum Wohle der einheimischen Bevölkerung eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, da diese Leitlinien im vorliegendem Haushaltsplan keine Berücksichtigung finden, werden wir diesem Entwurf unsere Zustimmung verweigern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Pasemann